

Öffentliche Gemeinderatssitzung am 15.10.2014
im Anschluss folgt die nichtöffentliche Sitzung

Sitzung Nr. 18/2014

Sitzungsort: großer Sitzungssaal des Rathauses
Sitzungsdauer: 18:30 Uhr bis 21:15 Uhr

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen (Drucksachen Nr. 181/14 – 188/14), die Bestandteil dieses Protokolls sind.



Vorsitzender



Schriftführerin

Gemeinderat

Gemeinderat

Sitzungsteilnehmer:

Vorsitzender:
Bürgermeister Holschuh

zusätzlich anwesend

BAL Hahn
RAL Lipps
Stellv. HAL Binder als Protokollführerin
BuWL Wurth
zu Top 3: Herr Roll und Herr Kaufmann, Amt
für Landwirtschaft, Frau Zimmermann und Herr
Basler, Büro Zink
zu Top 4: Herr Benz, Energieagentur
zu Top 5: Herr Zeeb, Polizeiposten Neuried

Gemeinderäte:

Beathalter Alexander
Beathalter Ralf
Bindner Ludwig
Gabel Sabine
Glatt Rudi
Glöckner Nico
Hansert Erwin
Herrmann Rolf-Heinz
Heuberger Liane

Jung Maria
Junker Andrea
Obert Hubert
Rotert Hans-Martin
Schillinger Volker
Seigel Josef
Peter Stefan
Welde Myriam
Wolter Arno

entschuldigt:

entschuldigt:



DER BÜRGERMEISTER
DER GEMEINDE
SCHUTTERWALD

Einladung

Datum: 07.10.2014
Sitzungs-Nr.: 18/2014

An die Damen und Herren des Gemeinderates von Schutterwald
77746 Schutterwald

Einladung zur Gemeinderatssitzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

die nächste Sitzung des Gemeinderates findet am

**Mittwoch, 15.10.2014, ab 18:30 Uhr
im großen Sitzungssaal des Rathauses**

statt.

Zu dieser Sitzung lade ich Sie recht herzlich ein.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Holschuh

Öffentlich:

1. Frageviertelstunde (DS 181/2014)
2. Baugesuche (DS 182/2014)
 - 2.1 Dachgaube auf best. Wohnhaus u. Errichtung eines Balkons in Stahlkonstruktion, Binzburgstr. 46, Flst.Nr. 2910/2
 - 2.2 Neubau eines Wohnhauses mit Garagen, Am Bruch /Löhliswälderstraße, Flst.Nr. 2867, 2868, 2869
 - 2.3 Umbau u. Erweiterung des bestehenden Wohnhauses zum

2-Familien-Wohnhaus, Schulstraße 14, Flst.Nr. 6596
2.4 Neubau eines Einfamilienwohnhauses KfW70
Löhliswälderstraße 78, Flst.Nr. 2912/2

3. Erweiterung der Erddeponie des Ortenaukreises in Höfen (DS 183/2014)
4. Vorstellung der CO₂ Bilanz der gemeindeeigenen Liegenschaften für die Jahre 2011,2012 und 2013 (DS 184/2014)
5. Vorstellung des Polizeipostens Neuried
- keine Vorlage - (DS 185/2014)
6. Baumpflanzungen in der Gemeinde (DS 186/2014)
 - a) Vorschlag zur Neugestaltung in der Hindenburg- und der Bahnhofstraße
 - b) Verschiedene andere Standorte
7. Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse (DS 187/2014)
8. Verschiedenes (DS 188/2014)
- Bekanntgaben, Wünsche und Anträge

Gemeinde Schutterwald

ERGÄNZUNGSBLATT NR. 1

Öffentliche Sitzung am 15.10.2014

Drucksache Nr. 181/2014

TOP 01
Frageviertelstunde

Von den anwesenden Zuhörern wurden keine Fragen gestellt.

Beschlussvorlage

Gemeinde Schutterwald

öffentlich
 nichtöffentlich

AZ: 632.6 Amt: Bauamt Bearbeiter: Frau Maul Datum: 25.09.2014 DS-Nr.: 182/2014 Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014

TOP 2

2. Baugesuche

2.1 Dachgaube auf best. Wohnhaus u. Errichtung eines Balkons in Stahlkonstruktion

Binzburgerstraße 46, Flst. Nr. 2910/2

Antragsteller: Eric u. Martin Hansert

Binzburgerstraße 46

77746 Schutterwald

2.2 Neubau eines Wohnhauses mit Garagen

Am Bruch/Löhliswälderstraße ?, Flst. Nr. 2867, 2868, 2869

Antragsteller: Bauherrengemeinschaft: Birgit Lipps u. Josef Brüderle

Platanenallee 14

77656 Offenburg

2.3 Umbau u. Erweiterung des bestehenden Wohnhauses zum 2-Familien-Wohnhaus

Schulstraße 14, Flst. Nr. 6596

Antragsteller: Katharina u. Daniel Kempf

Ludwig – Auerbach – Straße 10

77723 Gengenbach

2.4 Neubau eines Einfamilienwohnhauses KfW70

Löhliswälderstraße 78, Flst. Nr. 2912/2

Antragsteller: Maria Würz

Bergstraße 5

77787 Nordrach

Abstimmungsergebnis:

Zu 2.1. einstimmige Zustimmung

Zu 2.2. einstimmige Zustimmung

Zu 2.3. einstimmige Zustimmung

Zu 2.4. einstimmige Zustimmung bei einer Enthaltung

Protokollergänzung

Zu 2.1: BAL Hahn erläutert das Baugesuch. Da kein Bebauungsplan vorliegt, ist die Ortsüblichkeit zu prüfen. Die Verwaltung empfiehlt, die Ortsüblichkeit festzustellen.

Zu 2.2. Gemeinderat Rudi Glatt ist befangen und rückt in den Zuschauerraum.

Laut Bauantrag soll ein Wohnhaus mit zwei Vollgeschossen und Pyramidendach entstehen. BAL Hahn erläutert, dass die hintere Baulinie die Grenze für die Bebauung Richtung Bruchgraben darstellt. In diesen Bereich soll auch das Wohnhaus gebaut werden. Die Verwaltung empfiehlt daher, die Bebaubarkeit festzustellen. Ebenso ist die Ortsüblichkeit aus Sicht der Verwaltung gegeben.

Erschließungstechnisch besteht die Besonderheit, dass das Grundstück über einen Privatweg erschlossen werden muss. Die Gemeinde sichert nur die Erschließung bis zur Grundstücksgrenze. Daher müssen alle Eigentümer des Weges dieser Erschließung zustimmen, sie sind dann auch gemeinschaftlich Eigentümer der darin liegenden Wasser-/Abwasserkanäle etc. Das Landratsamt prüft im Rahmen des Baurechts, ob die Erschließung über den Privatweg gesichert ist. Die Gemeinde ist hierfür nicht zuständig, so BAL Hahn.

Zu 2.4.

BAL Hahn erläutert die Historie des Grundstücks. Aus einem Grundstück wurden drei Grundstücke. Mit diesem Hintergrund erklärt sich auch, dass die Grenzbebauung zulässig ist. Man nennt dies eine Vereinigungsbaulast, bei der sich beide Eigentümer geeinigt haben.

Der Gemeinderat muss die Ortsüblichkeit feststellen. Bei dem geplanten Gebäude handelt es sich um ein eingeschossiges Wohnhaus mit Flachdach. BAL Hahn verweist darauf, dass auch bei dem Bauantrag für das direkt angrenzende Gebäude Löhliwälderstraße 82 die Ortsüblichkeit beim damaligen Bauantrag anerkannt wurde. Die vorhandene Sandsteinmauer bleibt erhalten und wird nur für Zugänge/Zufahrten durchbrochen. Die Verwaltung bevorzugt den Flachdachbau trotz der Länge des Gebäudes, da sich dieses unauffälliger in die angrenzende Bebauung einfügt als z.B. ein eingeschossiges Haus mit Satteldach.

Gemeinderat Ralf Beathalter kann sich dieser Ansicht anschließen, alte und moderne Bauweisen können sehr gut miteinander harmonieren.

öffentlich
 nichtöffentlich

AZ: Amt Bearbeiter Datum: DS-Nr.: Gesehen:
722.51 Bauamt Herr Hahn 07.10.2014 183/2014

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014 TOP 03

Erweiterung der Erdaushubdeponie des Ortenaukreises in Höfen

frühere Beratungen

Sitzungstermin

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Deponieerweiterung wird zugestimmt. Die Verwaltung wird ermächtigt, eine entsprechende Nachtragsvereinbarung zum bestehenden Pachtvertrag abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmige Zustimmung

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Sachverhalt/Begründung:

Das Amt für Abfallwirtschaft kam auf die Gemeindeverwaltung zu, um über die Möglichkeit einer Deponieerweiterung zu sprechen.

Die letzte Erweiterung wurde im Jahre 2005 beantragt und genehmigt. Das mit der Erweiterung geschaffene zusätzliche Auffüllvolumen von 100.000 m³ ist nahezu ausgeschöpft.

Die Deponie weist heute eine Gesamtfläche von ca. 3,76 ha auf. Das genehmigte Schüttvolumen beträgt insgesamt ca. 400.000 m³. Bis heute sind ca. 375.000 m³ Erdaushubmaterial (auch Bauschutt) eingebracht worden. Somit steht noch ein Restvolumen von ca. 25.000 m³ zur Verfügung. Bei einer geschätzten jährlichen Anlieferungsmenge von ca. 7.000 m³ reicht das Volumen noch für ca. 3 Jahre.

Aufgrund der knappen Flächen werden keine gewerbliche Anfuhrer von Erdaushub und Bauschutt auf der Deponie Höfen angenommen.

Um einen Deponiebetrieb weiter zu sichern, ist eine Erweiterung der Deponie in westlicher Richtung geplant (**Anlage 1**). Die Erweiterung erfolgt auf einer Fläche von 0,89 ha. Dies ergäbe ein zusätzliches Auffüllvolumen von ca. 75.000 m³. Zusammen mit dem Restvolumen ergibt sich ab heute noch eine Betriebsdauer von rund 15 Jahren.

Grundsätzlich signalisierte die Verwaltung die Bereitschaft, der Absicht einer Deponieerweiterung positiv gegenüber zu stehen.

Zunächst wurde vereinbart, dass das Amt für Abfallwirtschaft die naturschutzrechtlichen, und waldwirtschaftlichen Auswirkungen einer Deponieerweiterung untersuchen lässt. In ei-

ner Vorplanung sollte geprüft werden, ob eine Erweiterung aus Sicht der Umweltbelange grundsätzlich möglich ist.

Das Amt für Abfallwirtschaft hat das Büro Zink aus Lauf mit den Planungen beauftragt. Die Vorprüfungen wurden im Frühjahr 2014 abgeschlossen. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass der Eingriff zulässig ist. Allerdings sind aufgrund des Eingriffs entsprechende Ausgleichsmaßnahmen vorzunehmen.

Zum einen sind die Deponieflächen sukzessiv wieder aufzuforsten. Die Waldränder bleiben bestehen und sind durch entsprechende Pflanzung zu verstärken.

Zum anderen sollen als vorgezogene Maßnahmen am südlichen Böschungsfuß Mulden für Amphibien angelegt werden. Ebenso sollen Steinhaufen und Steinriegel (Trockenmauern) für die Zauneidechsen errichtet werden.

Auch das Anbringen von künstlichen Nisthilfen für Vögel und Fledermäuse zählt zu den vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen.

Für die in Anspruch genommene Waldfläche (Einschlag) wird noch ein Wertgutachten zu erstellen sein. Der Einschlag wird geldmäßig an die Gemeinde als Eigentümer des Waldes entschädigt.

Nach Abschluss der Genehmigungsplanung würde der bestehende Pachtvertrag zwischen Gemeinde und Ortenaukreis entsprechend angepasst.

Fazit: Die Vorteile einer Deponieerweiterung für die Bürger von Schutterwald, Langhurst und Höfen liegen auf der Hand. Weiterhin bestehen kurze Entsorgungswege. Neben der Möglichkeit von Anfuhr von Erdaushub, Bauschutt und Grünschnitt können auch andere Materialien aufgrund des eingerichteten Wertstoffhofes auf der Deponie ordnungsgemäß entsorgt werden.

Wenn der Gemeinderat der geplanten Erweiterung zustimmt, wird das Amt für Abfallwirtschaft das eigentliche Genehmigungsverfahren einleiten.

In der Gemeinderatssitzung werden Herr Roll und Herr Kaufmann vom Amt für Abfallwirtschaft, sowie Frau Zimmermann vom Büro Zink das Vorhaben präsentieren und stehen selbstverständlich für Fragen zur Verfügung.

Protokollergänzung

Herrn Roll vom Amt für Abfallwirtschaft erläutert, dass seit ca. 1,5 Jahren auf der Deponie in Höfen kein gewerblicher Erdaushub aus Bautätigkeiten mehr angenommen wird. Dennoch müsste die Deponie in Höfen in einigen Jahren geschlossen werden, käme es zu keiner Erweiterung. Eine Erweiterung wäre jedoch möglich, der Standort könnte gewahrt werden und dies käme den Bürgern von Schutterwald zugute.

Herr Basler (Büro Zink) stellt nachfolgend die Konzeption vor und erläutert die Pläne. Auf die Power-Point-Präsentation wird verwiesen. Bereits 1989 und 2005 wurden Erweiterungen genehmigt.

Kommt es zu einer Erweiterung, soll diese flächenhaft erfolgen. Die Zufahrt würde angepasst und zusätzliche Entwässerungsgräben angelegt werden.

Frau Zimmermann erläutert die naturschutzrechtlichen Belange. Für den geplanten Eingriff wurde eine Bestandserhebung durchgeführt. Die Erweiterungsfläche besteht hauptsächlich aus Laub-Mischwald. Die bestehende Deponie ist sehr gut begrünt, Teile davon sind als Biotop anerkannt. In der Nähe, aber nicht direkt angrenzend befinden sich die Vogelschutzgebiete Kinzig-Schuttermündung und Gottswald. Nachgewiesene Tiere waren u.a. die Zauneidechse sowie Fledermäuse.

Frau Zimmermann erläutert die geplanten Maßnahmen vor dem Eingriff (u.a. Aufschüttungen für Zauneidechsen, Schaffung von Mulden, Abgrenzung vom Schüttgebiet), während des weiteren Betriebs der Deponie (z.B. Nistkästen für Vögel und Fledermäuse, Aufbau eines Waldrandes, verstärkte Baumpflanzungen) und nach Betriebsende (Rekultivierung, Rückbau der Zufahrt, etc.). Die meisten Ausgleichsmaßnahmen werden am Rand der Deponie erfolgen (Außenstreifen).

Die Abstimmung mit der Naturschutzbehörde ist bereits erfolgt.

Bürgermeister Holschuh spricht sich für die Erweiterung aus, auch wenn man sich natürlich bewusst sein muss, dass hier ein Eingriff in die Natur erfolgt. Für die Schutterwälder Bürger ist es auf jeden Fall von Vorteil, eine Deponie vor Ort zu haben. In der nachfolgenden Diskussion werden unterschiedliche Argumente dargelegt. Gemeinderat Seigel ist erstaunt, dass die Ausgleichsmaßnahmen für diesen Eingriff so einfach zu erbringen sind. Er fragt, warum die Erweiterung nicht Richtung Süden erfolgt kann. Herr Roll erklärt hierzu, dass Richtung Süden ein FFH-Gebiet liegt, welches die Erweiterung erschweren würde. Auch von Seiten der Verwaltung kam der Wunsch, Richtung Westen zu erweitern.

Für die durch den vermehrten Verkehr entstehende höhere Abnutzung der Nasswaldstraße ist das Landratsamt bereit, einen finanziellen Ausgleich zu leisten, so Herr Roll. Über die Höhe sind Landratsamt und Gemeinde noch im Gespräch.

Auf die Nachfrage, ob für die Ausgleichsmaßnahmen auch auf das Ökokonto zurück gegriffen werden könnte bzw. die Ausgleichsmaßnahmen an anderer Stelle erfolgen könnten, erklärt Frau Zimmermann, dass z.B. für Zauneidechsen vor Ort neuer Lebensraum geschaffen werden muss. Bei einer evtl. weiteren Erweiterung muss dann entschieden werden, wie die Ausgleichsmaßnahmen geschaffen werden können. Dies bereits heute in den jetzigen Planungen zu berücksichtigen, ist schwierig.

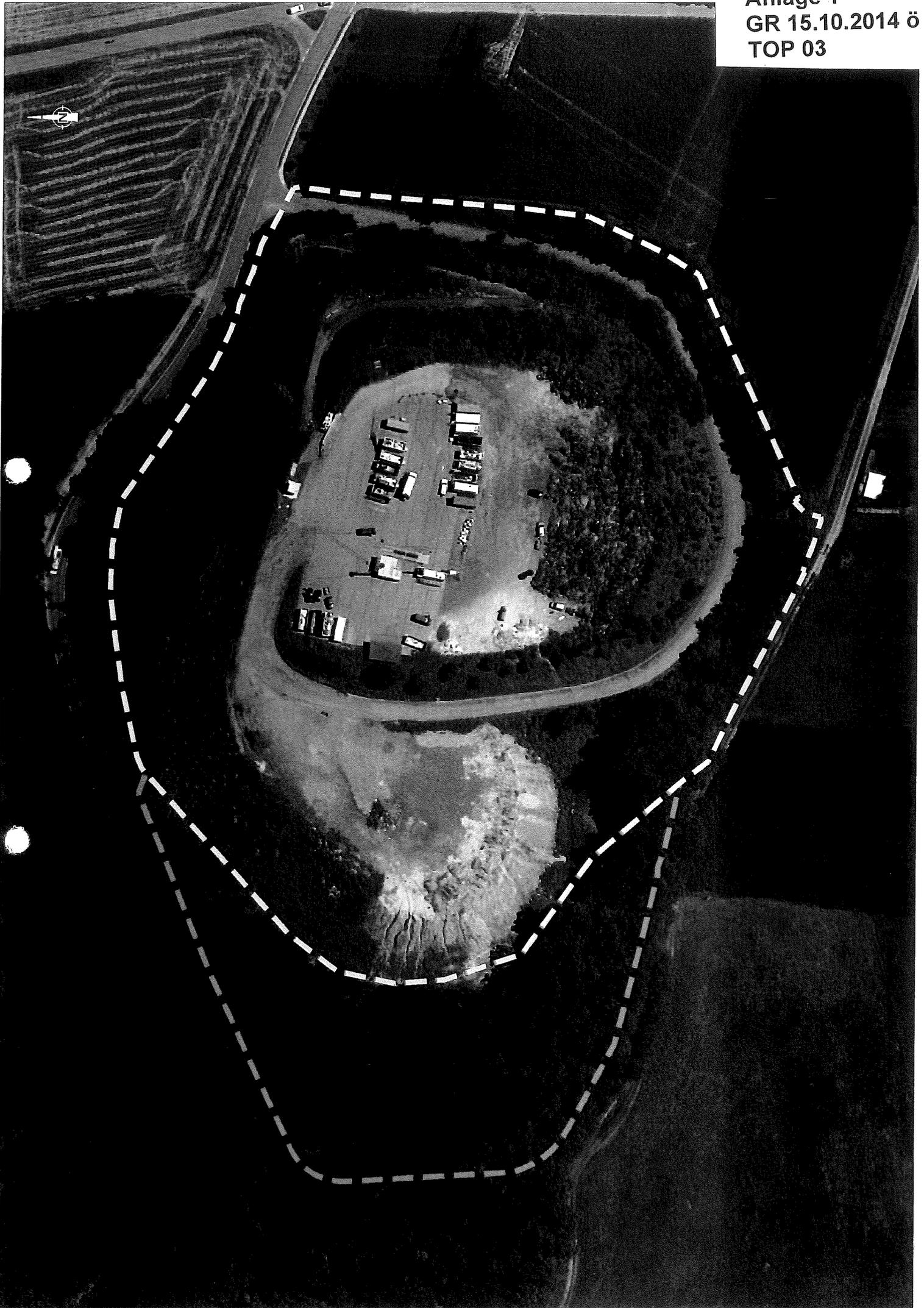
Bei der Vorabstimmung über die Erweiterung waren bisher der Forst und die Naturschutzbehörde beteiligt. Erst im förmlichen Genehmigungsverfahren erfolgt dann die Beteiligung aller Träger öffentlicher Belange.

Die Deponie steht den Bürgern des Landkreises zur Benutzung frei. Gemeinderat Rotert verweist darauf, dass die Deponie auch mehr Verkehr generiere. Herr Roll verweist auf die vorhandenen Deponien in Rammersweier und Appenweier. Auf Grund dieser Deponien hält er den Anlieferungsverkehr aus der Region für überschaubar.

Die Nutzungsdauer errechnete sich aus einem Schnitt der letzten Jahre und nicht erst seit Ablehnung des gewerblichen Erdaushubs der letzten 1,5 Jahre. Herr Roll geht nicht davon aus, dass im förmlichen Genehmigungsverfahren die Erweiterungsplanung abgelehnt wird.

Gemeinderat Glatt fragt, warum Erdaushub, welcher für die Deponie bestimmt sei, nicht für den Lärmschutzwall verwendet werden kann. Herr Roll erklärt, dass dann vor Ort am Lärmschutzwall täglich ein Mitarbeiter stehen müsste für die Annahme des Erdaushubmaterials. Das ist nicht zu leisten. Bürgermeister Holschuh ergänzt, dass der Lärmschutzwall von der Fa. Uhl als Betreiber geschüttet wird und somit diese entscheidet, woher der Erdaushub kommt. Jeder private Anlieferer müsste daher mit der Fa. Uhl verhandeln. Das erscheint ihm eher unwahrscheinlich. Man werde aber die Anregung an die Fa. Uhl weitergeben, ob nicht auch private Personen Erdaushub für den Lärmschutzwall anliefern dürfen.

Herr Roll verweist darauf, dass nach der Erweiterung auch wieder die gewerbliche Anlieferung von Erdaushub möglich sein wird.



öffentlich

nichtöffentlich

AZ: 794.09
Amt: Bauamt

Bearbeiter: Herr Hahn

Datum: 08.10.2014
DS-Nr.: 184/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014

TOP 04

Vorstellung der CO₂ Bilanz der gemeindeeigenen Liegenschaften für die Jahre 2011, 2012 und 2013

frühere Beratungen

Sitzungstermin

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen

Abstimmungsergebnis:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Sachverhalt/Begründung:

Wie in der Vergangenheit schon praktiziert legt die Verwaltung wieder eine aktualisierte CO₂ Bilanz für die Jahre 2011, 2012 und 2013 vor.

Die Ortenauer Energieagentur wurde mit der Erstellung dieser Bilanz beauftragt. Die Bilanz liegt als **Anlage** bei.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass durch weitere energiesparende Maßnahmen an gemeindeeigenen Gebäuden der CO₂ Ausstoß weiter verringert werden konnte. Positiv auf die CO₂ Emissionen haben sich insbesondere die weitere Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik, die Inbetriebnahme einer 65 KWp Fotovoltaikanlage am Bauhofgebäude sowie diverse Dämmmaßnahmen ausgewirkt.

Herr Benz von der Energieagentur wird die Bilanz in der Sitzung präsentieren und steht selbstverständlich für Fragen zu Verfügung

Protokollergänzung

Bürgermeister Holschuh dankt Herrn Benz für sein Kommen und übergibt das Wort an ihn. Herr Benz erklärt, dass keine neuen Gebäude von 2011 bis 2013 hinzu kamen, sondern nur Änderungen an den bestehenden erfolgt sind. Dies waren u.a.:

- Rathaus: Fenster
- Bauhof: Photovoltaik-Anlage
- Mörburgschule: Anbau, Einbau einer Pelletheizung

- Kiga Arche: Einbau einer neuen Wärmepumpe
- verschiedene Photovoltaik-Anlagen
- Erneuerungen bei der Straßenbeleuchtung

Hinweis: alle genannten Vergleichszahlen/Prozentwerte beziehen sich auf Basisjahr 1990, wenn nichts anderes angegeben ist.

Bei den Gemeindegebäuden gilt, dass die Bruttogeschossfläche um 34 % gewachsen ist. Dennoch ist der Energieverbrauch witterungsbereinigt um 13 % gesunken ist. Auch der Stromverbrauch ist um 24 % gesunken, dies ist auf die neue LED-Beleuchtung bei der Straßenbeleuchtung zurück zu führen ist.

2013 war die Mörburghalle der größte Verbraucher bei Heizenergie (1990: Mörburgschule), bei Strom war es die Straßenbeleuchtung (ebenso 1990).

Das Zwischenziel für die Reduzierung der CO₂-Emissionen auf 55 % im Jahr 2015 wurde bereits 2013 erreicht.

BAL Hahn geht davon aus, dass der Einbau von neuer Lüftung und Heizung in der Mörburghalle zu weiteren Einsparungen führen wird.

Ergaben sich bei Gebäuden keine Änderungen im Energieverbrauch, wurde dort energetisch noch nicht saniert. Hier bestehen also noch Energiesparmöglichkeiten.

Auf Nachfrage von Gemeinderätin Jung erläutert BAL Hahn, dass es sich dabei nur im marginale Erhöhungen handelt, welche evtl. nutzerbedingt sind bzw. z.B. durch gezielte andere Nutzung der Räumlichkeiten entstehen. In der Grundschule Langhurst werden heute auch die Flure in den Unterricht einbezogen und müssen dann natürlich auch geheizt werden. Es stehe auch mehr PC's, Beamer, etc. zur Verfügung als vor zehn Jahren.

Gemeinderat Alexander Beathalter begrüßt die Entwicklung und sieht u.a. bei der Straßenbeleuchtung noch Raum für Einsparungen. Für das neue Pflegeheim regt er an, über ein Nahwärmekonzept nachzudenken und verweist auf das Beispiel St. Peter bei Freiburg. Herr Benz ist der Überzeugung, dass man lieber energiesparend bauen als CO₂-neutral heizen soll. Gerade die neueren Gebäude benötigen sehr wenig Energie. Ein Nahwärmekonzept kommt seiner Meinung nach nur in Frage, wenn viele kleine Heizungen vorhanden sind, welche mit Öl geheizt werden. Andernfalls solle man eine andere Lösung suchen. Grundsätzlich ist aber eine Untersuchung der aktuellen Lage notwendig, um Vorschläge unterbreiten zu können.

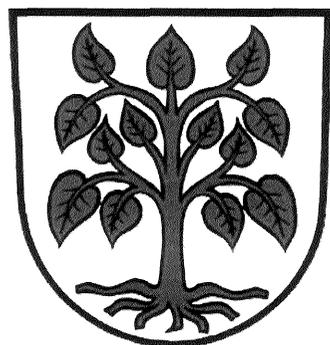
BAL Hahn ergänzt, dass vor zehn Jahren die Möglichkeiten eines Nahwärmekonzepts untersucht wurde. Damals scheiterte es an den langen Versorgungswegen. Dies kann zwar heute anders sein, müsste aber überprüft werden.

Bürgermeister Holschuh verweist auf die Energiekonzeption von Badenova und erhofft sich daraus mögliche Ergebnisse.

Gemeinderat Rotert fordert die Gemeinde auf, auch die Bürger beim Klimaschutz mitzunehmen. Projekte müssen auch mit ihnen durchgeführt werden. Schließlich ist die Gemeinde nur für 2 % der CO₂-Emissionen verantwortlich.

Gemeinderat Peter erwähnt lobend die Zuschüsse durch das Energiesparförderprogramm der Gemeinde. Das ist eine besondere Maßnahme der Gemeinde.

Bürgermeister Holschuh informiert zum Abschluss, dass die Gemeinde den Zuschuss für den dritten und vierten Baustein bei der Energiekonzeption von Badenova erhalten hat.



CO₂-Bilanz 2013

der gemeindeeigenen Liegenschaften
und der Straßenbeleuchtung
in der Gemeinde Schutterwald

Udo Benz

Ortenauer Energieagentur GmbH, Offenburg



Die Ortenauer Energieagentur ist Mitglied der Strategischen Partnerschaft zur Förderung regenerativer Energien und einer effizienten Energienutzung in der Region Südlicher Oberrhein.

Die Gemeinde-Gebäude und Anlagen

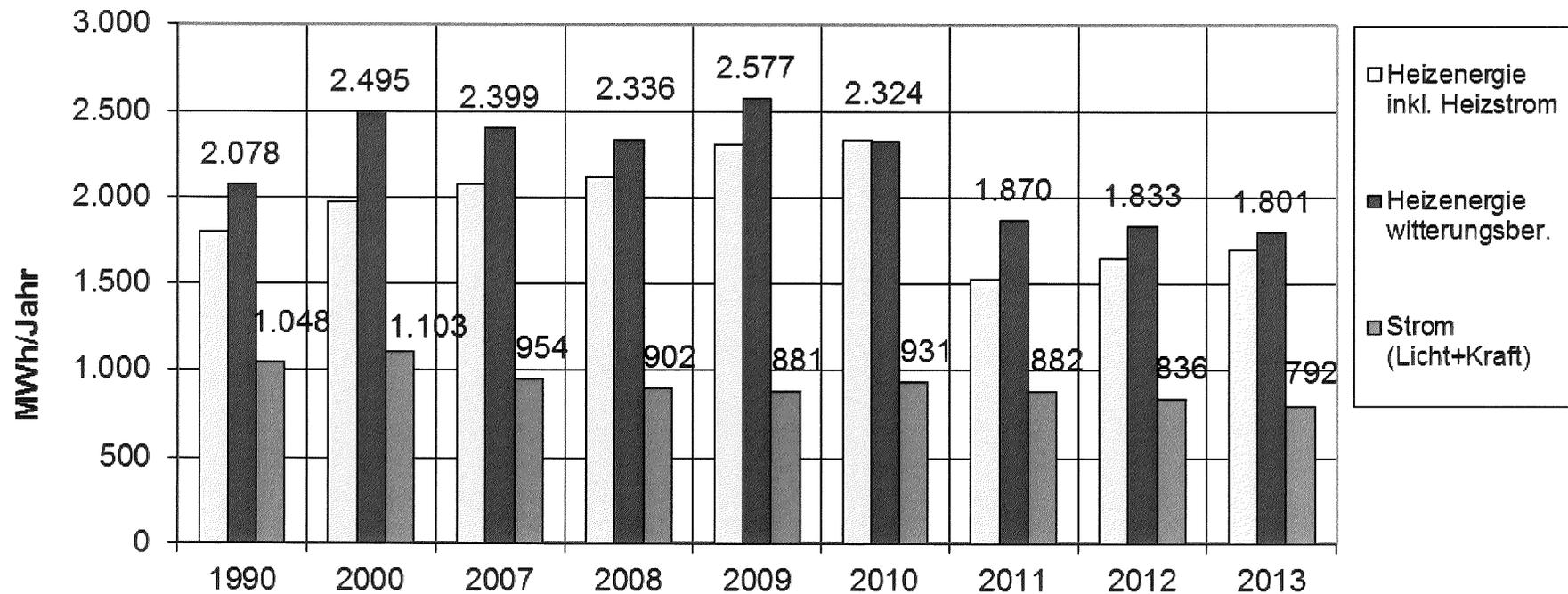
- Rathaus
 - Bauhof
 - Sportheim Waldstadion
 - Mörburghallen I & II
 - Mörburgschule
 - Alte Schule
 - Grundschule und Halle Langhurst
 - Mietwohnungen, Goethestraße 22
 - Mietwohnungen, Kirchstraße 9
 - Mietwohnungen, Kirchstraße 37
 - Rettungszentrum
 - Aussegnungshalle
 - Kindergarten Höfen
 - Kindergarten Arche
 - Straßenbeleuchtung
 - PV-Anlagen
-

Die Gemeinde-Gebäude und Anlagen

- Gebäude/Anlagen** (Heizenergieträger, durchgeführte **neue** Maßnahmen)
- **Rathaus** (Heizöl HEL, seit 2003 Gasbrennwert, Wärmedämmung, **Fenster**)
 - **Bauhof** (Heizöl, 2000 Erweiterung, **2012 neues Dach mit Dämmung und PV**)
 - **Sportheim** (Heizöl, 2007 PV-Anlage, 2008 Gasbrennwert + Wärmedämmung)
 - **Mörburghallen I & II**(HEL, 2002 MbH II + 2009 WDVS, **Beleuchtung neu Halle I**)
 - **Mörburgschule** (HEL, 2001/02 Fenster, **2010 Neu/Anbau, Anschluss an Pellets**)
 - **Grundschule Langhurst & Halle** (HEL, 2007/08 Anbau, neue Brenner)
 - **Mietwohnhäuser Goethestr.** (HEL,1999 Solare WWB, Vollwärmeschutz)
 - **Mietwohnhäuser 2x Kirchstr.** (HEL, Heizstrom, 1999 Vollwärmeschutz)
 - **Rettungszentrum** (Heizstrom, 2007 Erweiterung, Gasbrennwert, PV-Anlage)
 - **Aussegnungshalle** (Neubau 91, Heizstrom)
 - **Kindergarten Höfen** (Neubau 90/91, 2007 neue Wärmepumpe)
 - **Kindergarten Arche** (Bj.1993,, **neue Wärmepumpe 2012,**)
 - **Straßenbeleuchtung** (Natrium-Hochdruck-Lampen NAV, 2009 Erweiterung)
 - **PV-Anlagen** (**4 Anlagen** insgesamt 135 kWp; 2009: 40 kWp)

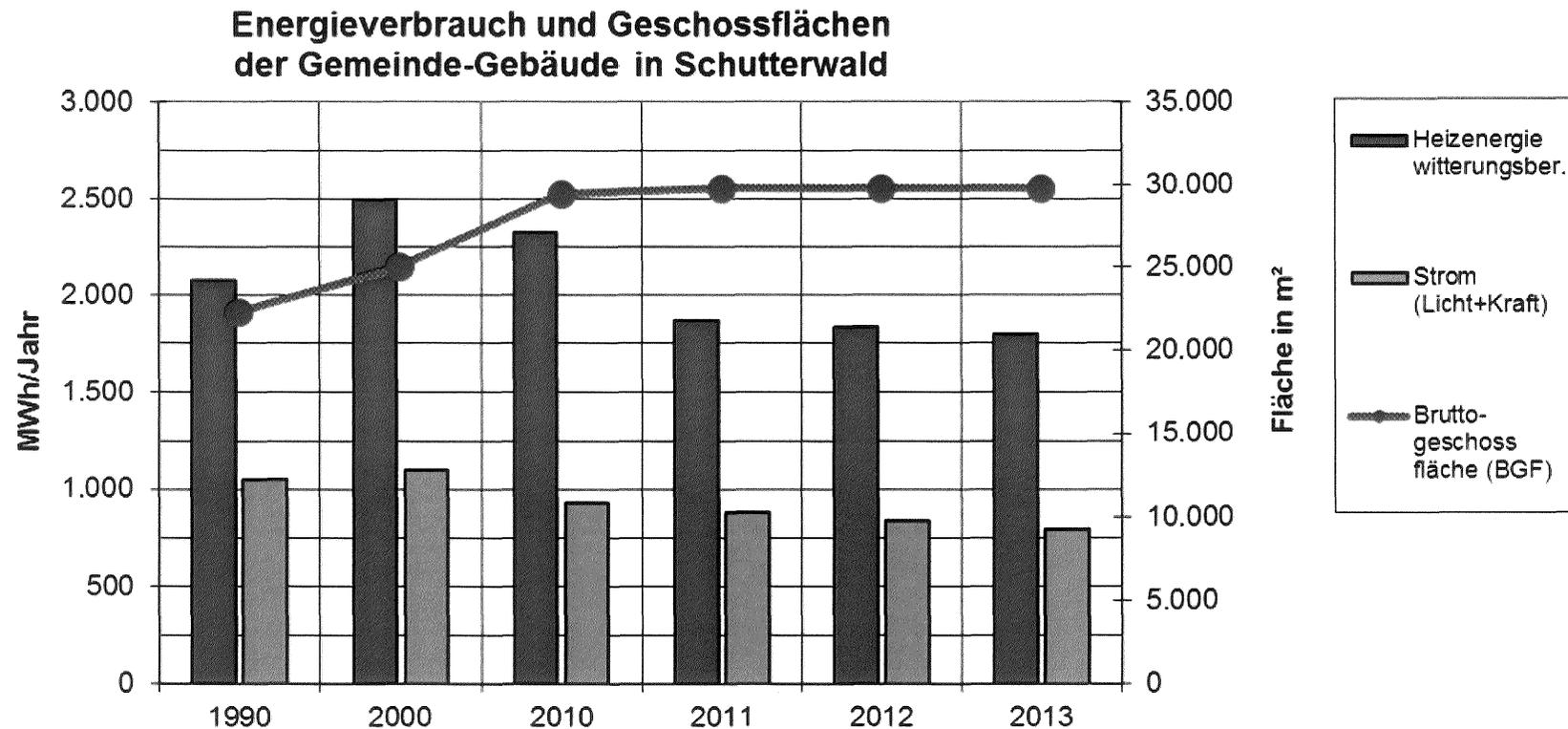
Entwicklung des Energieverbrauchs

**Energieverbrauch der gemeindeeigenen Gebäude
in Schutterwald (inkl. Straßenbeleuchtung)**



1. Der witterungsbereinigte Heizenergieverbrauch ist gegenüber 1990 um 13 % gesunken.
2. Der Stromverbrauch ist gegenüber 1990 um 24 % gesunken.

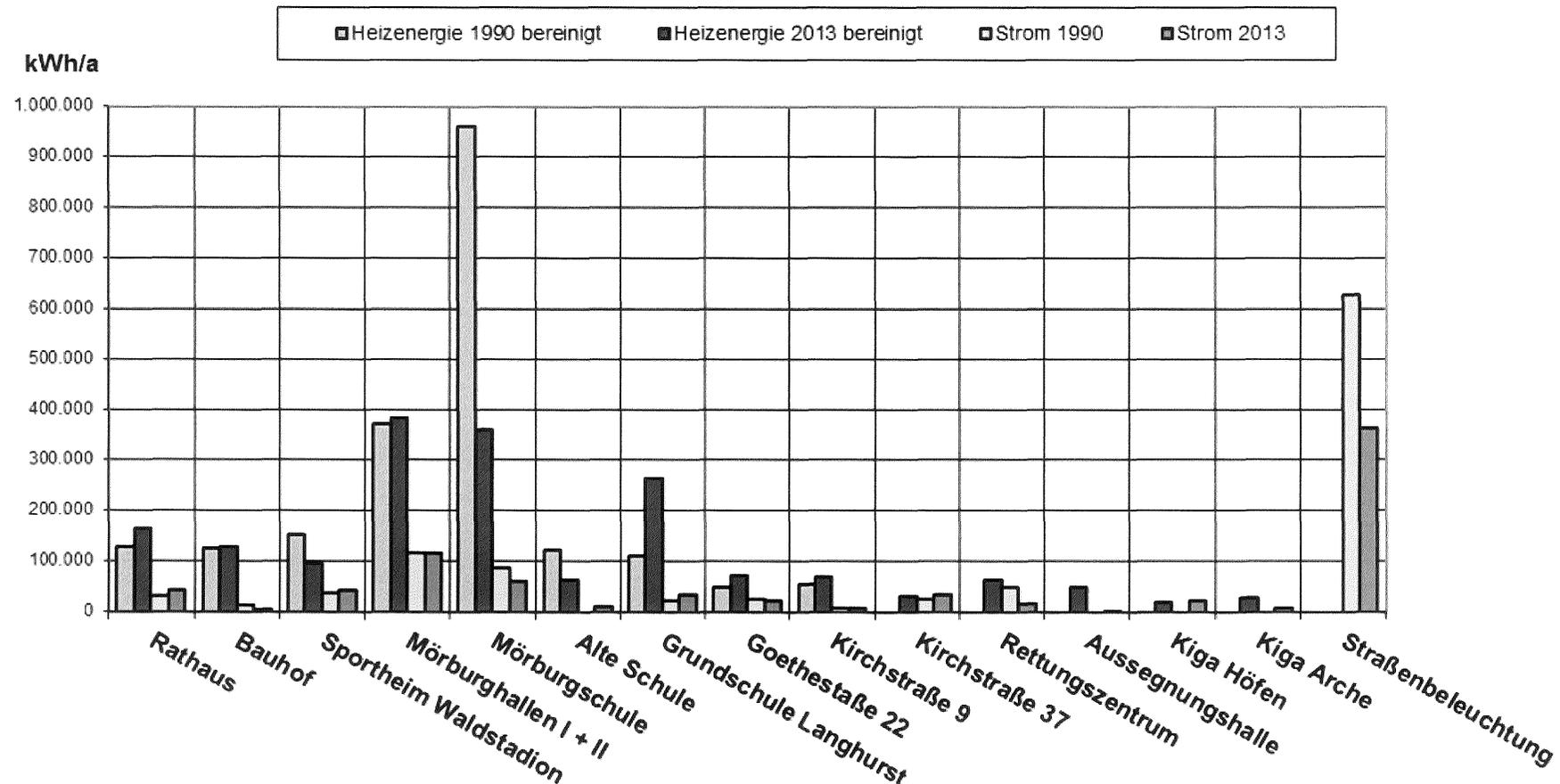
Energieverbrauch und Gebäudeflächen



Vergleich 2013 gegenüber 1990:

1. Die Bruttogeschossfläche ist um **34%** gewachsen.
2. Der witterungsbereinigte Heizenergieverbrauch ist erstmals niedriger, um **13%**.
3. Der Stromverbrauch (inkl. wachsender Straßenbeleuchtung) ist um **24%** gesunken.

Energieverbrauch nach Verursachern



Die größten Verbraucher in 2013 sind:

1. Heizenergie: Mörburgschule, Mörburghallen, Grundschule
2. Strom: Straßenbeleuchtung, Mörburghallen und Mörburgschule

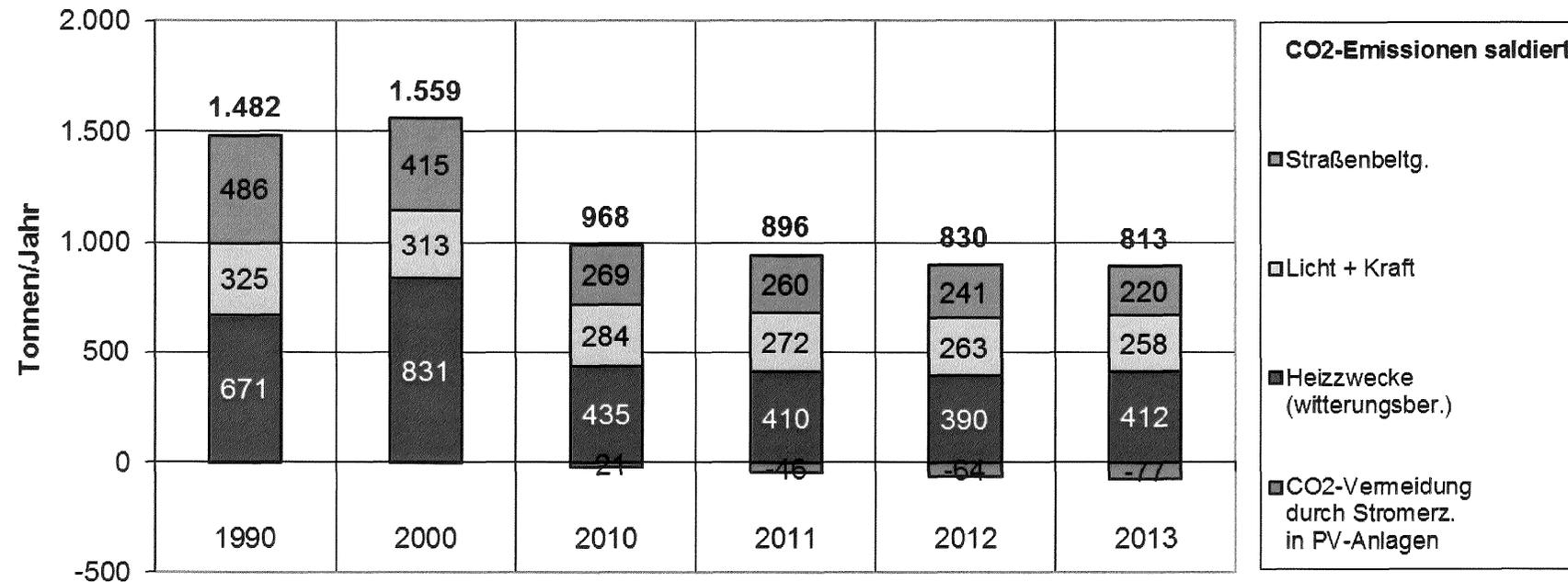
Energieträger und CO₂-Emissionen

1 kWh	entspricht	CO ₂ -Äquivalent
Heizöl	0,1 Liter	319 g/kWh
Erdgas (H)	0,1 m ³	247 g/kWh
Strom	1 kWh	1990 775 g/kWh
		2000 660 g/kWh
		2010 594 g/kWh
		2013 606 g/kWh
Holz-Pellets	0,2 kg	27 g/kWh
Holz-Hackgut	0,3 kg	23 g/kWh
Stückholz	0,3 kg	17 g/kWh

Quelle der CO₂-Äquivalente:
Förderprogramm Klimaschutz-
Plus 2013 Baden-Württemberg

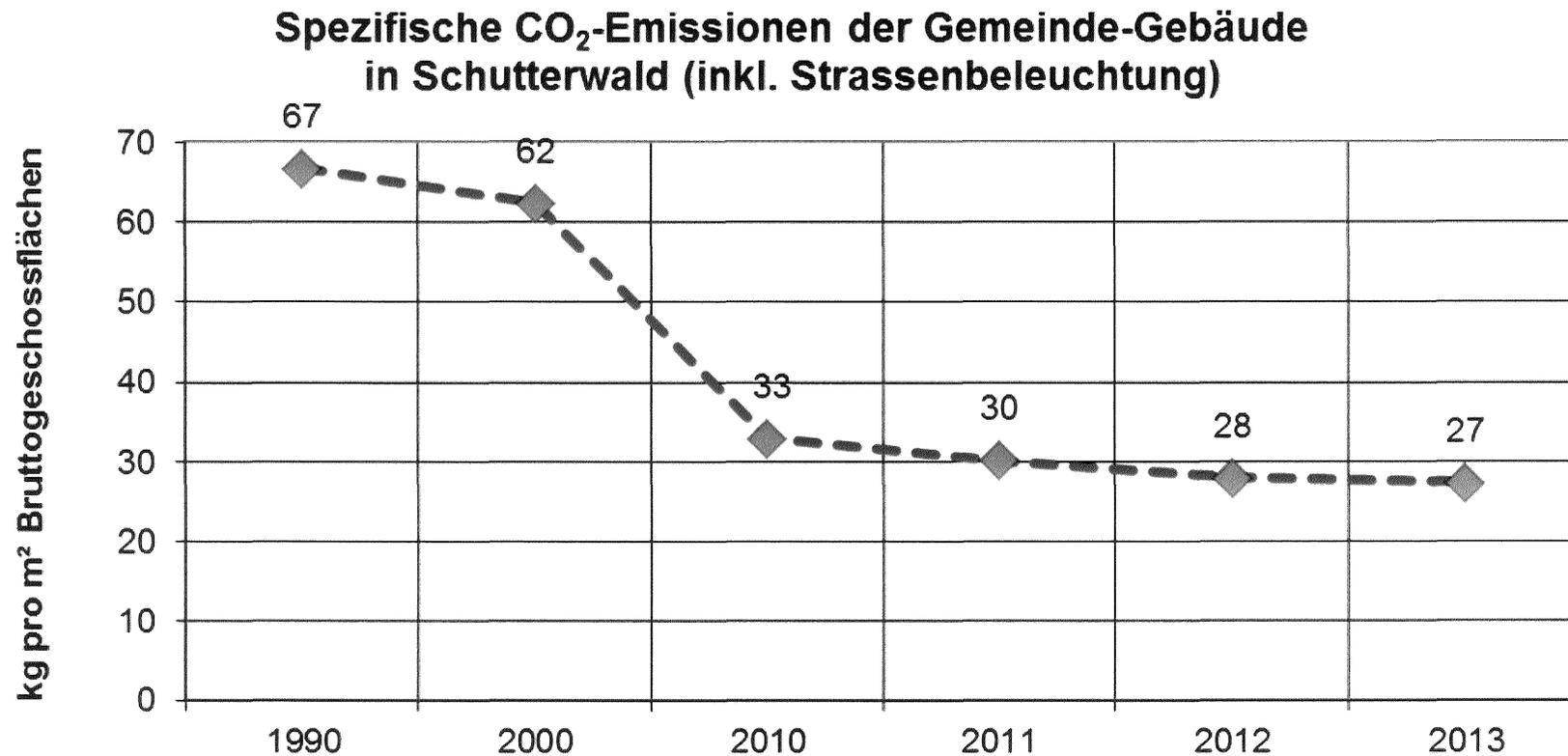
Entwicklung der CO₂-Emissionen

CO₂-Emissionen der gemeindeeigenen Gebäude
in Schutterwald (inkl. Straßenbeleuchtung)



Die CO₂-Emissionen sind von 1.482 t/a in 1990 auf 813 t/a in 2013 gefallen.
Dies entspricht einer Emissions-Minderung von - 40 %.

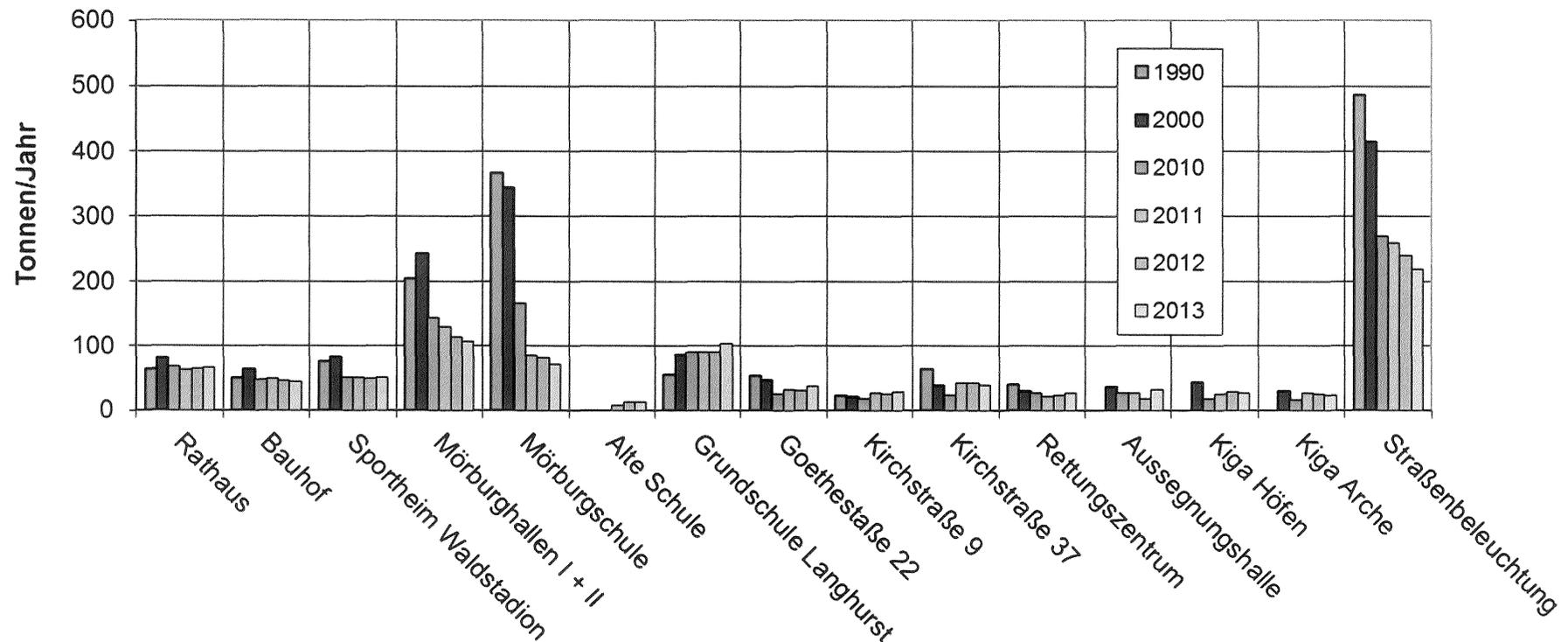
Flächenbezogene CO₂-Emissionen



Die flächenbezogenen CO₂-Emissionen sind von 67 kg/m²/a in 1990 auf 27 kg/m²/a gefallen.
Spezifische Emissions-Minderung im Bezug auf das Referenzjahr 1990 von - **59 %**.

CO₂-Emissionen und Verursacher

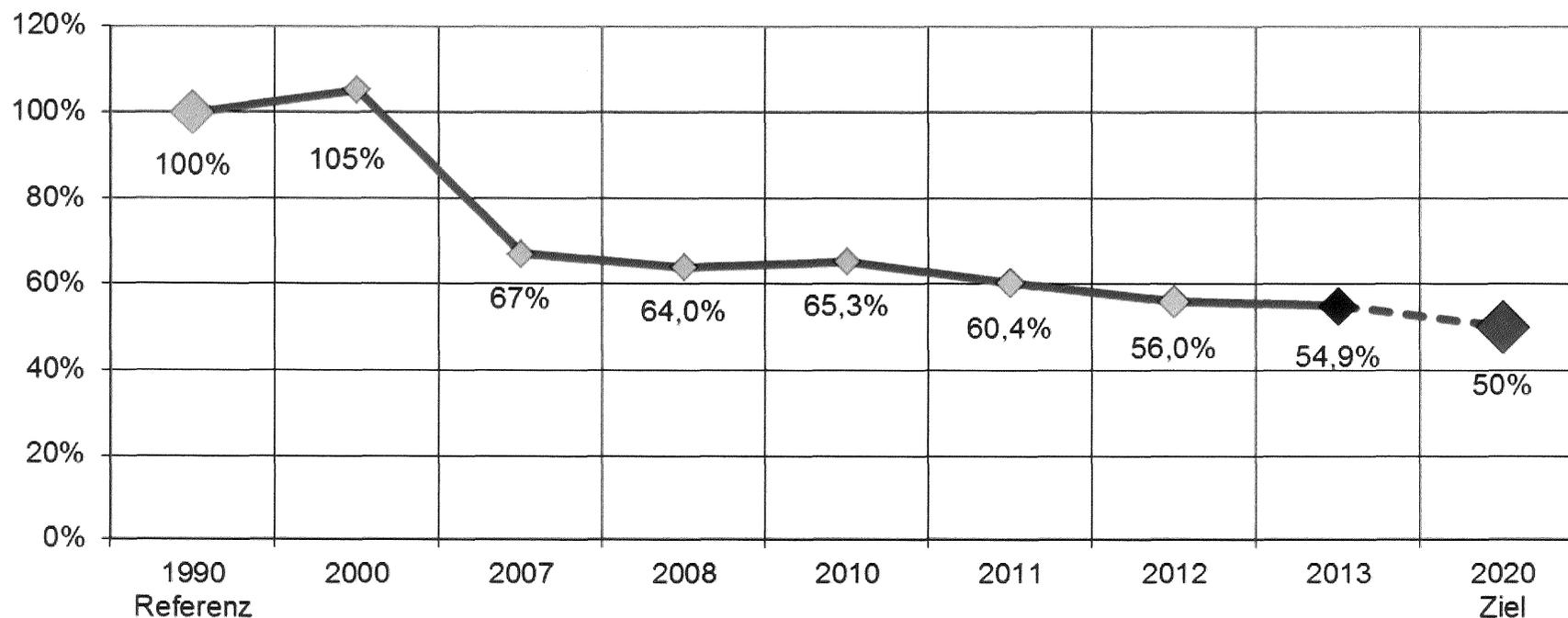
CO₂-Emissionen Schutterwald
Gemeinde-Gebäude und Straßenbeleuchtung



Die größten CO₂-Einsparungen konnten in den Mörburghallen, in der Mörburgschule sowie bei der Straßenbeleuchtung erzielt werden.

CO₂-Emissionen - Referenz und Ziel

Entwicklung der CO₂-Emissionen der Gemeinde-Gebäude mit
Straßenbeleuchtung in Schutterwald



Bezogen auf das Referenz-Jahr 1990 sind die CO₂-Emissionen in 2010 auf 54,9% gefallen.
Das Zwischenziel von 55 % für 2015 wurde bereits unterschritten!

Glückwunsch zum erreichten
Zwischenziel!



Viel Erfolg beim Endspurt
auf das 50%-Ziel

wünscht die

Ortenauer Energieagentur GmbH

Okenstraße 23

77652 Offenburg

Telefon 0781/ 924619-0

www.ortenauer-energieagentur.de

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: Amt
100.22 Hauptamt

Bearbeiter
Herr Feger

Datum: DS-Nr.:
15.10.2014 185/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014

TOP 05

Vorstellung des Polizeipostens Neuried

frühere Beratungen

Sitzungstermin

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

entfällt

Abstimmungsergebnis:

entfällt

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Protokollergänzung

Auf die Power-Point-Präsentation wird verwiesen. Herr Zeeb als Leiter des Polizeipostens Neuried stellt dessen Arbeit vor.

Montags bis freitags von 7.00 – 19.00 Uhr muss der Polizeiposten mit mindestens einer Streifenwagenbesatzung, also zwei Personen besetzt sein. Derzeit decken sieben Beamte diesen Zeitraum ab. Außerhalb dieser Zeiten ist grundsätzlich das Polizeirevier Offenburg zuständig. Sind die Beamten jedoch bei einem Unfall etc. kann es natürlich sein, dass niemand erreichbar ist. Dann kann eine Nachricht hinterlassen werden oder die 110 gewählt werden.

Örtlich ist der Polizeiposten für Schutterwald und Neuried mit insgesamt ca. 17.000 Einwohnern zuständig.

Während der Dienstzeit sind die Beamten für alle kleineren und mittleren Straftaten zuständig, jedoch nicht für Mord sowie für alle Verkehrsunfälle. In den Zuständigkeitsbereich fallen Verkehrsdelikte, Ermittlungsgesuche, die Begleitung von Schwertransporten und die Ausbildung von Praktikanten. Bei größeren Veranstaltungen stellt der Polizeiposten Neuried auch Personal, so z.B. für das Weinfest in Offenburg, bei Demonstrationen gegen Stuttgart 21 oder Spielen des SC Freiburg. Für die Sicherungsverwahrung ist der Polizeiposten nicht mehr zuständig.

Als Besonderheit beim Polizeiposten Neuried nennt Herr Zeeb die Betreuung des Grenzübergangs nach Frankreich, der in Zusammenarbeit mit der Gendarmerie in Fegersheim erfolgt. Auch regionale Großfahndungen werden hier durchgeführt. Durch den Grenzver-

kehr besteht auch ein hohes Verkehrsaufkommen, sowohl im privaten als auch Schwerlastverkehr, was zu einer Vielzahl von Unfällen führt, die bearbeitet werden müssen. Grundsätzlich lässt sich klar ein Rückgang der Straftaten erkennen, so Herr Zeeb.

Gemeinderat Herrmann ist erstaunt über die geringe Personalausstattung. Herr Zeeb erklärt, dass dies in ganz Baden-Württemberg ähnlich ist. Die Zuteilung erfolgt noch nach Sicherheitskriterien aus den 70er Jahren. Es ist zwar angedacht, diese zu ändern, aber das kann dauern. Einen ausreichenden Einfluss der Gemeinde auf das Land, dass diese den Personalstand erhöht, kann sich Herr Zeeb nicht vorstellen. Er ergänzt, dass der Altersdurchschnitt der Beamten beim Polizeiposten Neuried bei über 40 Jahren liegt. Jüngere Beamte befinden sich derzeit noch in der Ausbildung und sollen, so der Wunsch der Landesregierung, auch an die Basis gebracht werden.

Gemeinderätin Jung erscheint es verständlich, dass bei diesem Personalstand die Polizei nicht kommt, wenn man sie ruft. Herr Zeeb verwehrt sich dieser Aussage. Die Polizei werde oft nur wahrgenommen, wenn sie mit Blaulicht anrücke. Bei einer Ruhestörung erscheinen sie jedoch verständlicherweise ohne diese Vorwarnung.

Herr Zeeb verweist auch darauf, dass es überall Brennpunkte gibt. Vertreibt man z.B. Jugendliche an einer Stelle, werden sie an anderer wieder auftauchen und dort für Unmut sorgen. Hier müssten Lösungen geschaffen werden.

Grundsätzlich gilt aber: die Menschen sollen sich trauen, bei der Polizei anzurufen. Sie wird sich um deren Belange kümmern. Und wenn der Polizeiposten Neuried abends, nachts und am Wochenende geschlossen hat, werden die Probleme an die Offenburger Kollegen weitergegeben und auch von diesen Ernst genommen.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: 580.03; 656.22 **Amt:** Gemeindewerke **Bearbeiter:** Herr Seigel **Datum:** 07.10.2014 **DS-Nr.:** 186/2014 **Gesehen:**

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014

TOP 06

Baumpflanzungen in der Gemeinde Schutterwald

- a.) Vorschlag zur Neugestaltung der Baumpflanzungen in der Hindenburgstraße und der Bahnhofstraße
b.) verschiedene Standorte

frühere Beratungen

Sitzungstermin

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Gemeinderat soll nach Beratung eine abschließende Entscheidung über die Vorschläge der Verwaltung treffen.

Beschluss:

- 1) Es wird eine Neugestaltung der Baumpflanzungen in der Bahnhof- und Hindenburgstraße vorgenommen.
- 2) a) Die Neupflanzungen in der Hindenburgstraße sollen entsprechend der Anlage 1 durchgeführt werden.
b) In der Bahnhofstraße sollen sechs vorhandene Bäume entfernt und dafür acht Bäume neu gepflanzt werden.
- 3) Es werden die Baumarten Stadtbirne und Säulenhainbuche gepflanzt
- 4) Es wird eine dritte Baumart gepflanzt.
- 5) Die Bepflanzung erfolgt in der Hindenburgstraße mit der Stadtbirne und in der Bahnhofstraße mit der Hainbuche.

Abstimmungsergebnis:

Zu 1) mehrheitliche Zustimmung

Zu 2)

- a) einstimmige Zustimmung bei einer Enthaltung

- b) mehrheitliche Zustimmung

Zu 3) einstimmige Zustimmung

Zu 4) mehrheitliche Ablehnung

Zu 5) mehrheitliche Zustimmung

Finanzielle Auswirkungen:

Gesamtkosten der Maßnahmen	Veranschlagung im Vermögenshaushalt	über- / außerplanmäßige Ausgaben	Haushaltsstelle

Sachverhalt/Begründung:

zu a.:

Bei der Gemeinderatstagung im Frühjahr 2014 wurde das Gremium über die zunehmenden Probleme informiert, die durch gemeindeeigene Bäume verursacht werden.

Wenn die Bäume eine gewisse Größe erreicht haben und sich dadurch ein Großteil der Baumkrone außerhalb der öffentlichen Grundstücksflächen befindet, führt das zwangsläufig zu einer Beeinträchtigung auf den angrenzenden Privatgrundstücken.

Insbesondere Wurzelaufläufer und der vorhandene Überhang der Baumkronen führen de facto zu nicht zumutbaren Belastungen auf den privaten Grundstücksbereichen.

Es erreichen uns zunehmend Reklamationen über verstopfte Dachrinnen, Fallrohre bzw. beschädigte Abwasserleitungen durch Wurzeleintritt der Bäume.

Aus gärtnerischer Sicht ist ein massiver Rückschnitt der Bäume nicht zu empfehlen, da der Baum instabil wird und zusätzlich „Geschosstriebe“ entwickelt.

Die größten Problembereiche sind entlang der Hindenburgstraße und in Teilbereichen der Bahnhofstraße.

Diese Probleme möchten wir lösen und würden schrittweise wie folgt vorgehen:

Hindenburgstraße:

- Vorlage einer Planung, wie eine Neuanpflanzung der Baumreihe verwirklicht werden könnte
- Rücksicht auf Einfahrten, Straßenleuchten etc.
- generell größere Abstände der Bäume, da die jetzigen Bäume in der Hindenburgstraße in zu engen Abständen gepflanzt worden sind.
- im ersten Schritt einen Teil der Bäume entfernen (ca. die Hälfte), so dass die komplette Neuanpflanzungen wie geplant durchgeführt werden kann
- wenn die neugepflanzten Bäume eine gewisse Größe erreicht haben (in ein paar Jahren) werden auch die restlichen Altbäume entfernt.

Bahnhofstraße:

In der Bahnhofstraße zwischen der Waldstraße und der Bushaltestelle (Höhe Bildstock) wurde vor Jahren bereits ein Baum ersetzt, hier würden wir fortfahren und analog die restlichen 6 Altbäume ebenfalls ersetzen.

Durch die relativ großen Baumabstände könnten wir in diesem Abschnitt den derzeitigen Bestand sogar durch 7 Neupflanzungen ersetzen.

Anschließend würden wir die Unterpflanzungen als Rasenflächen anlegen und somit den Pflegeaufwand minimieren.

Neuanpflanzungen/Auswahl der Baumarten:

In der Bahnhofstraße würden wir auch die 7 Neupflanzungen mit der bereits vorhandenen Baumart **Säulenhainbuche** vornehmen.

Für die Hindenburgstraße haben unsere Gärtner 3 Sorten ausgewählt, die sich für diesen Standort eignen würden:

1. **Stadtbirne** (nicht fruchtend), Beispiel: Hauptstraße bei der ehem. Esso-Tankstelle
2. **Säulenhainbuche**, Beispiel: Mörburgstraße
3. **Feldahorn**, (Elsrijk), Beispiel: Hurststraße

Es wäre nun von Ihnen zu entscheiden, ob wir den kompletten Abschnitt Bushaltestelle West Richtung Ampelkreuzung mit einer Baumsorte bepflanzen (Allee-Charakter), oder ob wir die Pflanzungen in abwechselnder Reihenfolge der Baumarten durchführen.

Eine weitere Möglichkeit wäre auch eine abschnittsweise Bepflanzung, z.B.:

- zwischen Bushaltestelle West und Von-Roeder-Weg Baumsorte A
- zwischen Von-Roeder-Weg und Hurststraße Baumsorte B
- zwischen Hurststraße Richtung Ampelkreuzung Baumsorte C

Zu b.)

wird in der Sitzung vorgetragen

Protokollergänzung

Gemeinderat Bindner erklärt sich für befangen und rückt vom Sitzungstisch ab.

BuWL Wurth erläutert anhand der Power-Point-Präsentation den Sachverhalt. Er verweist auch auf die Thematisierung im Rahmen einer Klausurtagung des Gemeinderats im Frühjahr. Die Pflanzung dieser Bäume erfolgte Anfang der 70er Jahre. Insgesamt gibt es im Gemeindegebiet ca. 2.000 Bäume.

Für Bürgermeister Holschuh ist entscheidend, ob der Gemeinderat gewillt ist, eine Neugestaltung der Baumpflanzungen in der Bahnhof- und Hindenburgstraße vorzunehmen. Nur wenn diese Frage vom Gemeinderat bejaht wird, mache es Sinn, über die Art und Weise der Neugestaltung zu diskutieren.

Gemeinderäte Wolter und Herrmann sehen keine Alternative zur Neugestaltung. Die Radwege sind zwischenzeitlich durch Wurzeln der Bäume uneben und stellen eine Gefahr für Radfahrer dar.

Gemeinderat Rotert möchte die Bäume nur dann gefällt sehen, wenn sie Probleme verursachen. Dies sieht er jedoch nicht bei allen vorgesehenen Bäumen gegeben. Er weist darauf hin, dass neu gepflanzte Bäume 10 – 15 Jahre benötigen, bis sie wieder so viel Sauerstoff produzieren können wie die jetzigen Bäume. Die Beeinträchtigung durch Laub ist für ihn kein Grund, den Baum zu entfernen

Gemeinderat Herrmann und Gemeinderätin Jung ist wichtig, dass die Bäume nach und nach geschlagen werden und kein Kahlschlag durchgeführt wird. Die Bäume spenden gerade im Sommer Schatten und es ist angenehm, dort dann Schutz zu finden. Auch Gemeinderätin Jung würde nur die Bäume entfernen, die Probleme bereiten.

Gemeinderat Seigel verweist auf den Kostenfaktor der alten Bäume in Bezug auf notwendige Reparaturen an Geh- und Radwegen und den Personalkosten des Bauhofs. Neu gepflanzte Bäume kosten zwar zuerst die Anschaffung, sind in den folgenden Jahren dann jedoch kostengünstiger.

Gemeinderat Peter bejaht eine Neupflanzung in der Bahnhofstraße, verneint sie jedoch in der Hindenburgstraße. Für die Abstimmung ist man sich jedoch einig, hier nicht zu unterscheiden.

Bürgermeister Holschuh stellt zur Abstimmung den Vorschlag, dass eine Neugestaltung der Baumpflanzungen in der Bahnhof- und Hindenburgstraße vorgenommen wird.

Nachfolgend wird diskutiert, in welcher Art die Neupflanzung geschehen soll.

Zuerst wird der Entwurf für die Hindenburgstraße vorgestellt. Dabei würden 37 von 58 Bäumen entfernt, deren Kronen zum Teil zusammenwachsen, weil sie zu eng stehen oder die Straßenbeleuchtung einschränken. 34 Bäume würden nachgepflanzt werden. Die Bäume werden in der gleichen Flucht wie bisher nachgepflanzt. Das vorgestellte Konzept soll dann auch in den Folgejahren angewandt werden. Auch in zehn Jahren soll diese Baumallee noch ein schönes Bild geben.

Beim Entwurf für die Bahnhofstraße kann man sich vorstellen, neu gepflanzte Hainbuchen enger zu pflanzen, um die Anzahl der Bäume zu erhöhen. Auch hier ist die Straßenbeleuchtung bereits beeinträchtigt und sorgt dadurch nicht mehr für eine ausreichende Verkehrssicherheit.

Bürgermeister Holschuh weist den Gemeinderat darauf hin, dass die Fällung und Nachpflanzung der Bäume das Ortsbild anfänglich massiv ändern wird. Auch sind seines Wissens nach jüngere Bäume wertvoller für die Ökobilanz als ältere.

BAL Hahn ergänzt, dass es jetzt wichtig sei, die Neupflanzungen mit Struktur und System vorzunehmen. Das tut zwar manchmal weh, weil auch ein gesunder Baum entnommen wird, führt aber zu einer nachhaltigen Fortführung des Alleecharakters. Das Landratsamt ist nicht zu beteiligen, da die Bäume nicht als Ausgleichsfläche gemeldet sind.

Die Möglichkeit, den Radweg im Rahmen der Neupflanzungen zu verbreitern, ist lt. BAL Hahn nicht möglich. Man würde mit einer aktuellen Verbreiterung den noch verbleibenden Bäumen schaden, was nicht gewollt ist.

Auf Nachfrage erläutert BuWL Wurth, dass die Ahornbäume in der Hindenburgstraße aufgrund der Beeinträchtigung der Anwohner durch den Flugsamen entfernt werden sollen. Aber auch Bäume, die nicht krank sind, wachsen in die Vorgärten und beeinträchtigen mit ihren Wurzeln oder den Astüberhängen die Anwohner. Auch werden die Bäume aufgrund ihrer Größe instabil oder wachsen einseitig.

Bürgermeister Holschuh ergänzt, dass es für ihn gerade das Zusammenspiel von mehreren Beeinträchtigungen ist, welches hier die Entfernung der Bäume erforderlich macht. Allein wegen des Laubes würde man keinen Baum entfernen.

Gemeinderat Ralf Beathalter stellt den Antrag an die Geschäftsordnung, dass über die Entwürfe abgestimmt wird.

Man ist sich mehrheitlich einig, dass über beide Entwürfe getrennt abgestimmt wird.

Bürgermeister Holschuh stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

- Die Neupflanzungen in der Hindenburgstraße sollen entsprechend der in der Power-Point-Präsentation gezeigten Konzeption (Anlage 1) durchgeführt werden.
- Die Neupflanzungen in der Bahnhofstraße sollen entsprechend der in der Power-Point-Präsentation gezeigten Konzeption (Anlage 2) durchgeführt werden. Aufgrund der getrennten Abstimmung kann Gemeinderat Bindner hier mitwirken.

An der nachfolgenden Diskussion über die verwendeten Baumarten beteiligt sich Gemeinderat Bindner ebenfalls wieder.

Einigkeit besteht darüber, dass Bäume mit Pfahlwurzeln verwendet werden. Aufgrund bisheriger Erfahrungen wurden die Baumarten Stadtbirne, Feldahorn und Säulenhainbuche vorgeschlagen. Die Stadtbirne wird ca. 12 bis 15 Meter hoch.

Alternativ schlägt Gemeinderat Peter noch die Birke vor. Damit habe man jedoch, so BuWL Wurth schlechte Erfahrungen gemacht (hoher Arbeitsaufwand, abbrechende Äste, Laub). Er rät davon ab, diesen Baum auszuwählen. Der Ankerbaum eignet sich nicht wegen seiner Größe. Einigen Gemeinderäten sind zwei Sorten zu wenig. Andererseits kann man bei ca. fünfzig Bäumen keine große Sortenvielfalt herstellen, es geht eher darum, was gefällt und gleichzeitig den Anforderungen an die Verkehrssicherheit genügt, die Anwohner wenig beeinträchtigt und einen geringen Pflegeaufwand durch den Bauhof erfordert.

Die Mehrheit im Gemeinderat ist für die Bepflanzung mit der Stadtbirne und der Säulenhainbuche. Der Feldahorn soll wegen des Flugsamens nicht gepflanzt werden, so Gemeinderat Herrmann. Bei der Abstimmung, ob eine dritte Baumart verwendet werden soll, stimmt die Mehrheit des Gemeinderats gegen diesen Antrag.

Abschließend ist noch über die Form der Neupflanzung zu entscheiden (Allee-Charakter oder gemischte Bepflanzung). Es gibt hierbei keine einheitliche Meinung im Gemeinderat. Als Kompromiss käme eine abschnittsweise Bepflanzung in Frage.

Von Seiten der CDU-Fraktion wird vorgeschlagen, in der Hindenburgstraße die Stadtbirne auszuwählen und in der Bahnhofstraße die Säulenhainbuche.

Eine gemischte Bepflanzung böte evtl. Vögeln und anderen Tieren ein umfangreicheres Angebot und Schutz von Baumkrankheiten.

Bürgermeister Holschuh stellt den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion zur Abstimmung. Dafür ergab sich eine Mehrheit, so dass über die weiteren Alternativen nicht mehr abgestimmt wurde.

Zu b)

Auf die Power-Point-Präsentation wird verwiesen.

Aussichtspunkt Deponie

Durch die Forstschule Mattenhof erfolgt ein Rückschnitt, die Sträucher werden wieder auf den Stock gesetzt.

Parkplatz am Waldstadion

Die dortigen Bäume müssen aufgrund des geplanten Kunstrasens entfernt werden, da die Nadeln oder das Laub den Fasern schadet. Sträucher sind nur bedingt möglich, so BAL Hahn.

Eine Verschiebung des Platzes zum Erhalt der Bäume ist nicht möglich.

Grünanlage Seestraße

Die Tanne wird entfernt.

Kindergarten Höfen

Die Kastanie hat nur einen Meter Abstand zum Nachbargrundstück. Aufgrund des Nachbarschaftsrechts muss die Gemeinde hier den Baum entfernen. Es wird kein Ersatz gepflanzt.

Der Gemeinderat stimmte allen Vorschlägen unter Punkt b) einstimmig zu.

öffentlich

nichtöffentlich

AZ: **Amt**
022.37 Hauptamt

Bearbeiter
Frau Gießler

Datum: **DS-Nr.:**
02.10.2014 187/2014

Gesehen:

Sitzung des Gemeinderates am 15.10.2014

TOP 07

Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse

Sitzung vom 24.09.2014

- Der Gemeinderat beschäftigte sich mit der Unterbringung von Asylbewerbern.
- Der Gemeinderat beschließt, einen Teil eines gemeindeeigenen Grundstücks zu verkaufen.
- Der Gemeinderat stimmt einem Stundungsantrag zu.
- Der Gemeinderat beauftragte die Verwaltung, die Sportförderrichtlinie und die Kulturförderrichtlinie zu überarbeiten und dem Gemeinderat zur Entscheidung vorzulegen.
- Der Gemeinderat beschloss, einem örtlichen Verein einen Zuschuss zu gewähren.

Öffentliche Sitzung am 15.10.2014

Drucksache Nr. 188/2014

Top 8

Verschiedenes

- Bekanntgaben, Wünsche und Anträge

Schreiben vom TUS: Anbringen von Bodenwerbung in der Mörburghalle

Bürgermeister Holschuh erläutert den Antrag. Unter folgenden Voraussetzungen könnte er sich eine Zustimmung zum Antrag vorstellen:

- der TUS haftet für Schäden am Hallenboden
- wenn ein anderer Veranstalter es will, muss die Bodenwerbung entfernt werden

Der Gemeinderat stimmt einstimmig für diesen Vorschlag bei einer Enthaltung

Ampelkreuzung an der L 98

Gemeinderat Herrmann erkundigt sich nach dem Stand des Verfahrens.

Bürgermeister Holschuh erklärt, dass die Gemeindeverwaltung in dieser Woche den Entwurf des Planungsbüros erhalten habe. Derzeit werde dieser Entwurf vom Regierungspräsidium geprüft. Bürgermeister Holschuh möchte zunächst mit dem Regierungspräsidium sprechen und hat sich bereits um einen Gesprächstermin bemüht. Selbstverständlich werde der Gemeinderat über das Ergebnis informiert.

Gemeinderat Bindner zeigt sich empört darüber, dass das Land eine Ampellösung anstrebe. Er verweist auf das Beispiel Marlen.

Bruchgraben als Regenablauf

Der Schlagregen vor einiger Zeit hat gezeigt, dass weitere Arbeiten am Bruchgraben unbedingt erforderlich seien, so Gemeinderätin Junker.

BAL Hahn erläutert, dass die wasserrechtliche Erlaubnis für die Arbeiten zwar 2001 erteilt wurde, jedoch damals keine Einzelprüfung stattgefunden hat. Man hofft, das Gutachten wieder heranziehen zu können, im schlimmsten Fall müsste jedoch erneut vor Ort Fauna und Flora gezählt werden.

Es wird vorgeschlagen, eine Weide im Bruchgraben zu entfernen, um den Regenablauf zu verbessern.

40-km/h Dino-Schilder

Da immer mehr Dino-Schilder entfernt oder beschädigt sind, wird Bürgermeister Holschuh eine weitere Aktion initiieren.

Seestraße Fußgängerweg

Bei einem Sperrpfosten fehlen die Reflexbänder bzw. sind ausgebleicht. Der Bauhof wird sich darum kümmern.